

21.03.2011



Pressemeldung

## Eine Schule für alle Kinder – nach der Landtagswahl?

CDU: Interne Pläne für die Abschaffung der Hauptschulen  
Mehr zu: Baden-Württemberg, Bildungschancen, Bildungsgerechtigkeit, Schulstruktur, Schule

Stuttgart, 21.03.2011 - Das landesweite Netzwerk "In einer Schule gemeinsam lernen" erwartet, dass sich nach der Landtagswahl am kommenden Sonntag (27.03.) die Schullandschaft in Baden-Württemberg grundlegend verändern wird. Das Netzwerk, in dem 30 Organisationen Mitglied sind, macht sich für eine Schule stark, in der die Kinder bis zur zehnten Klasse gemeinsam lernen.

"Die GEW geht davon aus, dass in der CDU bereits mit einem Zwei-Säulen-Modell geplant wird, bei dem Haupt- und Realschulen zusammengeführt werden und die Gymnasien unverändert weiter bestehen sollen. Das lehnt die GEW ab. CDU und FDP wissen genau, dass sie derzeit kein tragfähiges Konzept für die Schullandschaft in Baden-Württemberg haben und mit dem fragwürdigen Werkrealschulkonzept vor der Landtagswahl nur schlechte Nachrichten über Schulschließungen vermeiden wollten. Ein Zwei-Säulen-Modell wäre kein Fortschritt, sondern wir brauchen Schulen, in denen Kinder nicht mehr getrennt, sondern alle bis zur 10. Klasse gemeinsam unterrichtet werden", sagte am Montag (21.03.) in Stuttgart Doro Moritz, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) vor Journalisten.

"Was wir nicht brauchen, ist ein Schulsystem, das aussortiert und abschult, ein Schulsystem, das Kinder immer der Gefahr aussetzt, ausgegrenzt zu werden, nicht dazuzugehören, das vielfach Angst erzeugt. Angst und Druck ist der Killer für nachhaltiges Lernen, eine positive Einstellung zur Schule und lebenslangem Lernen. Würde unsere verantwortlichen Bildungspolitiker nur ein Bruchteil der Schülerschicksale und der Familiendramen am eigenen Leib erfahren, die sie durch ihr Sortiersystem bei Kindern und Jugendlichen und deren Familien erzeugen, würde sich unsere Schulsystem schnell wandeln", sagte Bernd Dieng, zweiter Vorsitzender des Vereins "Länger gemeinsam lernen".

Das Netzwerk setzt sich auch für inklusive Bildung in dieser neuen Schulform ein, weil dort auch Schüler/innen mit Behinderungen ihren Platz haben können. "Wir haben die Erfahrung gemacht, wie schwer es die Landesregierung Eltern macht, die erreichen wollen, dass ihr behindertes Kind eine allgemeine Schule besuchen kann. Inklusion sieht anders aus", sagte Michael Löser, Geschäftsführer der Integrativen Waldorfschule Emmendingen. Die Schule hat vergangene Woche die dritte Klage beim Verwaltungsgericht Freiburg eingereicht, weil ihr Landeszuschüsse für die Förderung einer Schülerin mit Körperbehinderung verweigert werden.

Weitere Informationen: [www.in-einer-schule-gemeinsam-lernen-bw.de](http://www.in-einer-schule-gemeinsam-lernen-bw.de)